



De Rude Pooz

Stadtteilzeitung der DKP Köln-Innenstadt

I. Quartal, Jahrgang 2012

| www.dkp-koeln.de

Die Wohnungen der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG)

Wohnungen an Bank verschenkt

CDU und FDP hatten in ihrem Koalitionsvertrag von 2005 den Verkauf der LEG festgelegt. Seit dem 29. August 2008 gehört die Landesentwicklungsgesellschaft NRW (LEG NRW) dem Immobilienfonds „Whitehall Real Estate Funds“. Dieser Fonds ist wiederum Eigentum der Investmentbank Goldman Sachs.

3,4 Milliarden Euro gingen über den Tisch. Nach Abzug der Verbindlichkeiten bleiben davon 787 Millionen Euro übrig, die sich NRW.Bank und Deutsche Rentenversicherung Westfalen mit der Landesregierung teilen. Letztere kann sich bei dem Privatisierungs-Deal von 93.000 Wohnungen immerhin noch über 470 Millionen Euro freuen.

Teilt man diese Summe durch die Zahl der Wohnungen, entpuppt sich der Verkauf als Geschenk für Whitehall. Und von den 36.660 Euro pro Wohnung verbleiben in der Landeskasse noch durchschnittlich 5053,76 Euro - in Worten: fünftausendunddreiundfünfzig Euro, sechsundsiebzig Cent! - Das ist so viel für eine ganze

Wohnung, wie schon mal ein Quadratmeter in einer besseren Wohngegend kosten kann.

Höhere Mieten, weniger Instandhaltung

Mittlerweile zeigt sich, dass selbstverständlich nicht eintritt, was die damalige CDU/FDP-Regierung den LEG-Mietern versprochen hatte: die Zukunftsfähigkeit der Wohnungsbestände würde durch privates Kapital gesichert. Und selbstverständlich sind Whitehall und die dahinter stehende Bank Goldman Sachs ihren Eigentümern mehr verpflichtet als den Mietern. Und zwar zu mehr Rendite! Als typisch darf die Entscheidung der LEG von 2009 gelten, die Sparte Development aufzugeben. Folge: weniger Instandhaltung, weniger Modernisierung, weniger Betreuung der Mieterinnen und Mieter und volle Ausschöpfung jedes Mieterhöhungspotenzials.

Mit Beginn des Jahres 2012 versendet die LEG Schreiben an ihre Mieter, in denen es heißt: „Die derzeitige Grundmiete Ihrer Wohnung entspricht nicht mehr den aktuellen Marktpreisen. Der Vermieter kann im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben nach § 557 BGB die Grundmiete

I/2012

De Rude Pooz

Seite 2

anpassen.“ Danach folgt eine Auflistung der alten und der neuen Miete nebst dem Hinweis, dass nach § 557 BGB die Zustimmung des Mieters erforderlich ist. Ein entsprechender Vordruck ist beigelegt. Das liest sich wie eine ganz normale Anpassung an die ortsübliche Vergleichsmiete, wie jeder Mieter sie schon gesehen

hat. Die aber ist in § 558 BGB geregelt, und Mieter müssen ihr zustimmen, wenn die Miete korrekt nach dem Mietspiegel errechnet wurde. In § 557 steht lediglich, dass sich Mieter und Vermieter auch ohne Grund auf eine höhere Miete einigen können. Das ist *rein freiwillig* und niemand muss dem zustimmen.

Was passiert mit dem Gelände der Dombrauerei?

Seit einigen Jahren liegt das Gelände der ehemaligen Dombrauerei an der Altenburger Straße/Ecke Schönhauser Straße brach. Geplant war hier nach dem Masterplan ein Neubau der Fachhochschule Köln. Die sollte aus Deutz auf die andere Rheinseite umziehen. Im Frühjahr 2008 hatten Beteiligungsfirmen der Bauwens-Gruppe Teile dieses Grundstücks für 23 Millionen Euro gekauft und wenige Wochen später für 33,4 Millionen an das Land – genauer: an den landeseigenen Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB) NRW - verkauft.

10 Millionen Euro Profit auf Kosten der Steuerzahler

Dieses auffällig lukrative Geschäft kam im Mai 2009 im Landtag zur Sprache. Die damalige Opposition wollte die Grundstücksgeschäfte von Paul Bauwens-Adenauer und Patrick Adenauer beleuchten. Die Abgeordneten interessierte, wie ein Grundstück in nur acht Wochen 10 Millionen Euro teurer werden konnte. In diesem Zusammenhang hatte am 21. Mai 2009 der Kölner Stadtanzeiger noch mitgeteilt: „Bereits Anfang Mai 2008 soll es ein zweites Werkstattgespräch im Zusammenhang mit der Erstellung des städtebaulichen Masterplans gegeben haben, den IHK-Präsident Paul Bauwens-Adenauer initiiert hat und der die

Neubauten für die Fachhochschule im Kölner Süden vorschlägt.“ Das Land NRW verfügt nun über ein mit 90 Millionen Euro überkauft erworbenes Grundstück und weiß noch nicht, was es damit machen soll.

Abzocker enteignen, neue Wohnungen bauen

Die DKP Köln-Innenstadt schlug schon im letzten Jahr vor: Das Land NRW baut zusammen mit der Stadt Köln auf dem Gelände der ehemaligen Dom-Brauerei Geschosswohnungen, um sie billig zu vermieten. Das würde einem Gebot der Landesverfassung (Artikel 29,2) entsprechen: „Das Land hat die Aufgabe, nach Maßgabe der Gesetze neue Wohn- und Wirtschaftsheimstätten zu schaffen.“ Die Mieten in Köln sind allein im vergangenen Jahr um 10 % gestiegen und sie steigen weiter. Umso dringender ist es, den öffentlichen Wohnungsbestand aufzustocken und private Vermieter in der Folge zur Minderung ihrer Mieten zu veranlassen.

Außerdem sollte der Landtag die schuldige „Unternehmergruppe“ auflösen und entschädigungslos nach einem Gesetz entsprechend Artikel 27,2 der Landesverfassung enteignen („Zusammenschlüsse, die ihre wirtschaftliche Macht missbrauchen, sind zu verbieten“).

"Mieterhöhungen bei der LEG? Was tut sich in Sachen Wohnen und Mieten?"

Dienstag, 28.02.2012, 19:30 Uhr, Freidenkerzentrum, Bayenstr. 11, 50678 Köln

Kontakt: vorstand@dkp-koeln.de

V.i.S.d.P.: Roßels, Bayenstr. 11, 50678 Köln

Der Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB) NRW

Vorbereitung für Privatisierung

Der BLB ist eine junge Einrichtung des Landes. Sie stammt noch aus der Zeit, als SPD und Grüne mit Wolfgang Clement als Ministerpräsidenten die Regierung stellten. Clement war später für verschiedene Firmen als Lobbyist tätig, unter anderem für RWE und die Zeitarbeitsfirma Adecco.

Nach dem Bau- und Liegenschaftsbetriebsgesetz – BLBG – vom 12. Dezember 2000 hat der BLB „die Aufgabe, Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte für Zwecke des Landes nach kaufmännischen Grundsätzen zu erwerben, zu bewirtschaften, zu entwickeln und zu verwerten und dabei die baupolitischen Ziele des Landes zu beachten.“ (§ 2,1 BLBG). Die Floskel von der „Beachtung der baupolitischen Ziele des Landes“ scheint dabei als Feigenblatt für die betriebswirtschaftliche Organisation und Vorbereitung von Privatisierungen von Landeseigentum zu dienen.

Einige Manager der BLB waren wohl etwas zu hektisch bei der Privatisierung. NRW-Finanzminister Norbert Walter-Borjans mußte am 8. April 2011 im Haushalts- und Finanzausschuss mitteilen: „dass für die Vergangenheit massive Verstöße gegen die Landeshaushaltsordnung, namentlich gegen das Wirtschaftlichkeits- und Sparsamkeitsgebot durch den BLB NRW begründet und hinreichend zu besorgen sind.“

Landtag setzt Untersuchungsausschuss ein, Staatsanwaltschaft ermittelt

Der Landtag, im Mai 2010 neu gewählt, sah sich nach den merkwürdigen Geschäften des BLB veranlaßt, einen

Untersuchungsausschuss einzusetzen. „Insbesondere soll untersucht werden, ob bei Grundstücksgeschäften die vorherigen Schätzungen und später tatsächlich gezahlten Kaufpreise, ferner die vorherigen Schätzungen hinsichtlich einer späteren Verwertung und Nutzung der jeweiligen Grundstücke, in einem Missverhältnis stehen/standen.“ (aus dem Beschluß des Landtags vom 18. Mai 2011).

Kostensteigerungen in ganz NRW

Dieser BLB-Untersuchungsausschuss nahm erst im Oktober 2011 seine Arbeit auf und kann bislang noch keine Ergebnisse vorlegen. Außer den Grundstücksgeschäften beim Dombraureigelände sollen die merkwürdigen Kostensteigerungen beim Duisburger Landesarchiv, dem Erweiterungsbau des Polizeipräsidiums Köln-Kalk und dem Kauf des Schlosses Kellenberg untersucht werden. Seit einem Jahr ermittelt die Wuppertaler Staatsanwaltschaft gegen führende BLB-Mitarbeiter wegen des Verdachts der Bestechlichkeit und Untreue. Es ist von einem mindestens dreistelligen Millionen-Schaden für das Land auszugehen.



Schlinge und Strick - Folgen der Schuldenkrise

Umverteilung von unten nach oben

Nach der Lehman-Pleite durchlebt die Welt die schwerste Wirtschaftskrise seit der großen Depression der dreißiger Jahre. Bis 2008 waren die Banken die eifrigsten Verfechter neoliberaler Rezepte. Allein die „unsichtbare Hand des Marktes“ (Adam Smith) galt ihnen als akzeptables Regulativ. Es hieß: Privat vor Staat! Aber angesichts des 2008 drohenden Abgrunds wurden eilig staatliche Rettungspakete geschnürt, billionenstarke Schirme gespannt. Schamlos bedienen sich die Banken der helfenden Hand des Staates. Frisches Geld steht ihnen grenzenlos zur Verfügung. Schuldenbremsen? Nicht für sie! Gleichzeitig werden die europäischen Länder zu Laboratorien unerhörter Armutsprogramme.

Uwe Jean Heuser beklagt in seinem Artikel „Bitte neu anfangen“ (Die ZEIT vom 26. Januar 2012) „den Abstand zwischen Arm und Reich, der sich in den letzten Monaten weiter vergrößert“ habe, und prangert sogar an, dass selbst „im wirtschaftlichen, erfolgreichen Deutschland die teilweise unumgängliche Ungleichheit in Ungerechtigkeit umgeschlagen“ sei. Selbst eine derartige Aussage beschönigt immer noch die soziale Realität, deren schiefe Darstellung in den monatlichen Berichten der Arbeitsagentur ihre statistische Entsprechung hat. Der Zustand des Arbeitsmarktes wird verharmlost.

Niedriglohnsektor und Armut vs. Bankenprofite und wachsende Vermögen

Der Anteil von prekär, zeitweilig und billig Beschäftigten ist mittlerweile auf die Hälfte der Arbeitenden angewachsen. Aber selbst Hungerlohn und staatliche



Transferleistung gibt es nur im Tausch gegen Demütigungen.

Der wachsende Niedriglohnsektor läßt die Arbeitenden verelenden, sie haben zwischen ungeheizter Wohnung, leerem Magen oder schlechter Kleidung zu wählen. Ein Viertel der Kölner Kinder gilt als arm. Häufig werden sie mit leerem Magen in die Schule geschickt. Neue Bücher, Besuche in Kino oder Theater bleiben für AlgII-EmpfängerInnen unerschwinglich. Viel Kraft wird aufgewandt, sich und den Bekanntenkreis über die eigene Armut hinwegzutäuschen!

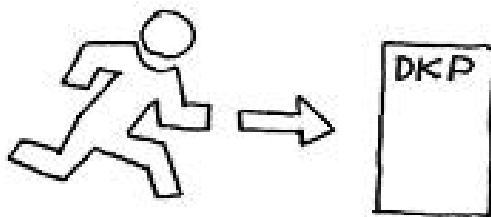
Wie Hohn erreichen uns die Nachrichten über Steuerhinterziehung, gesponserte Urlaube des Regierungspersonals, märchenhafte Gewinne der Banken, die Boni der Manager, die Probleme der bedauernswerten Reichen, ihr Kapital zu günstigen Zinsen anzulegen.

Und Krise - von welcher Krise reden wir denn? Zwar werden die Armen zahlreicher und ärmer - werden die Reichen nicht reicher?

„Berliner Konsens“: Deutschland als Vorbild?

In der Tat steht unser politisches System auf dem Prüfstand. Aber der Klasse der kapitalistischen Unterdrücker und ihrer Helfershelfer bietet die Wirtschaftskrise den willkommenen Anlaß für die Durchsetzung eines neuen Herrschaftsmodells. Der „Berliner Konsens“ wird in Frankreich als Vorbild gelobt. Es ist geprägt von Eingriffen des Staates in die Tarifverhandlungen, von Lohndumping, Ausweitung des Niedriglohnssektors sowie weiteren unerhörten Schnitten in die Sozialbudgets.

Das Muster stammt noch von Gerhard Schröders rot-grüner Regierung: seiner Agenda 2010 und den Hartz-IV-Gesetzen. Damals hieß es, man wolle „Anreize zur Arbeitsaufnahme“ bieten.



-last exit-

Das andere Argument war: Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Es erweist sich als Schlinge und Strick, was uns oben halten soll.

MASCH - Marxistische Abendschule in Köln

Einladung zur gemeinsamen Lektüre von:

„Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“

Ein langer Titel für einen kurzen Text. Er gibt Aufschluss über solche Begriffe wie: Krise, Dialektik, Mehrwert und Materialismus.

Das schmale Bändchen hat Friedrich Engels im Jahre 1880 verfasst.

Es handelt sich dabei um eine knappe Einführung in den dialektischen und historischen Materialismus, die Grundlagen der marxistischen politischen Ökonomie und der Lehre vom Sozialismus.

Wir lesen gemeinsam im Rahmen eines Zirkels der Marxistischen Abendschule (MASCH). Voraussichtlich an fünf Abenden. Jeder kann mitmachen.

Voraussetzung: Interesse.



Der Zirkel wird **jeweils am dritten Mittwoch im Monat** stattfinden,

Beginn: 21. März, 19.30 Uhr.

Ort: Freidenkerzentrum, Bayenstraße 11, 50678 Köln.

Unvergessen: 3. März 1933 – Elsaßstraße, Kölner Südstadt

Die faschistischen SA-Truppen feiern die gerade erfolgte Übergabe der Regierungsmacht an die Nazis mit einem Marsch von der Innenstadt nach Bayenthal. Dabei passieren sie auch die Elsaßstraße, eine Hochburg der KPD, in der viele kommunistische Arbeiterfamilien leben. Ein einzelner Flaschenwurf macht den Anfang, dann kommt es zum Tumult. Fast alle Anwohner sind auf den Balkonen und Dächern, um die Nazischergen mit Nudelrollen, Pisspöten und Mülltonnen einzudecken. Wegen des heftigen Widerstands der Nachbarn fordert die SA Verstärkung an, woraufhin die Polizei mit einem Panzerwagen vorfährt und das ganze Viertel abriegelt. Über 70 Personen werden festgenommen und die übrigen Anwohner für 73 Stunden unter Hausarrest gestellt.

Auch an den folgenden Tagen werden die Menschen immer wieder von Razzien heimgesucht und Wohnungen verwüstet, KPD-Mitglieder und andere Linke brutal verschleppt. Eine Gedenktafel erinnert an den Mut und die Zivilcourage der Menschen aus der Elsaßstraße und den Widerstandskampf vor allem der Kölner Kommunisten gegen die Nazibarbarei. **Die DKP ehrt die Kölner antifaschistischen Widerstandskämpfer am Samstag, 3. März 2012 an der Gedenktafel in der Elsaßstraße**, wo wir Blumen niederlegen werden. Treffpunkt ist um 13 Uhr vor dem hoffentlich bis dahin geschlossenen Waffenladen an der Ecke Bonner Straße / Zugweg. Jede und jeder ist herzlich willkommen.

Werner Fuchs

UZ-Sozialistische Wochenzeitung der DKP



UZ

**Rote Fahnen
sieht man
besser!**

Jetzt kostenlos
10 Wochen testen!

Name Vorname

Straße

PLZ / Ort

CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 18 • 45127 Essen • Fax: 0201-24 86 484 • www.unsere-zeit.de

Das kostenlose und unverbindliche Probeabonnement kann auf postalischem Wege unter oben genannter Adresse bezogen werden oder unter Angabe der Lieferadresse per Email an: vorstand@dkp-koeln.de

Bert Brecht übers Knie gebrochen

Über die öffentlichen Äußerungen des Dramatikers Herbert Fritsch

Köln, 31.01.2012 | Am vergangenen Freitag war die Premiere von Brechts »Herr Puntila und sein Knecht Matti« im Kölner Schauspielhaus. Regie: Herbert Fritsch. Vorher hatte sich dieser Regisseur schon zu seiner Arbeit per Inter-view vernehmen lassen. Unter anderem in der [Kölner Stadtrevue](#). Dieses Interview kommentiert der Autor Maurice Andante.



Der Theatermacher Fritsch inszeniert gerade den »Puntila« von Bert Brecht im Kölner Schauspielhaus. Seine Inszenierung ist nichts weniger als der Versuch, das Schaffen Brechts ins Subjektivistisch-Postmodernistische hineinzuziehen und so die Arbeit Brechts in ihrer Wirkweise zu untergraben.

Der Regisseur räumt gegenüber der Kölner Stadt-Revue ein, dass seine Aufführung nicht viel mit dem Anliegen Brechts gemein habe. Letztlich führt Fritsch Brecht so auf, wie es ihm gerade in den Kopf kommt. Die große brechtsche Theatertradition wird vom Tableau geräumt, sowohl formal-ästhetisch als auch inhaltlich in ihrem Stellungnehmen gegen Krieg, Armut, Herrschaft, Faschismus und Kapitalismus. Fritsch interessiert sich eher für Lust, Rausch, Sado-Maso-Beziehungen und Freude, und unterrührt dieses halbgar in die Kunst-Suppe, die er aufkocht. Obendrein desavouiert er noch Brechts Einmischung in die Zeit mit der Bemerkung: »Wenn sich Regisseure zur tagespolitischen Lage als Experten gerieren, bin ich nicht dabei.« Von der wirklichen Wirklichkeit will Fritsch eben nicht viel wissen.

In heuchlerischer Bescheidenheit gibt er

vor, die Realität nicht zu verstehen. Sie scheint ihm aus Ratlosigkeit und bröckelnden Philosophien zu bestehen. Außerdem deutet er an, dass Brecht heute nicht mehr relevant sei, mit dem Hinweis darauf, dass die Wirklichkeit sich verändert habe.

Was denn nun? Eine Wirklichkeit, die eh nur Philosophie ist und obendrein bröckelt, also quasi nicht mehr existiert, hat sich gegenüber früher verändert? Da sei Karl Valentin zitiert: »Früher war die Zukunft auch mal besser!«

Als ob das nicht alles ausreicht, bläst Fritsch zum Sturmangriff auf eine der entscheidenden Leistungen des brechtschen Theaters, nämlich die Fähigkeit, Figuren so anzulegen, dass sie einerseits noch konkrete individuelle Menschen darstellen, andererseits bestimmt werden durch Geschichte, Zeit und die prägenden gesellschaftlichen Bedingungen. Diese komplexe Darstellung des Menschen in seiner Subjekt-Objekthaftigkeit wird von Fritsch in gegenaufklärerischer Manier als »thesenhaftes Gebrabbel« bezeichnet. Nun ja, die Wasser der Eindimensionalität sind tief.

Wir über uns

Die 1968 gegründete Deutsche Kommunistische Partei steht in der Tradition der Kommunistischen Partei Deutschlands, die Adenauer zwölf Jahre zuvor verbieten ließ. Das Ende des Sozialismus in Europa war auch für uns ein tiefer Einschnitt, von dem wir uns allmählich wieder berappeln.

Die DKP hat heute in Ost und West knapp 5000 Mitglieder, in den letzten Jahren nimmt die Zahl der Neueintritte vor allem Jüngerer zu. Ziel der DKP ist letztlich eine sozialistische Welt, in der Ausbeutung und Krieg abgeschafft sind. Wer sich gegen den Abbau demokratischer und sozialer Rechte und für eine friedliche Welt einsetzen will, findet in der DKP seine Mitstreiter.

In Köln ist die DKP in fünf Parteigruppen organisiert und in allen Stadtbezirken präsent. Unsere Mitglieder wirken in den Gewerkschaften, der Friedensbewegung, antifaschistischen Initiativen und sozialen Bewegungen mit. In Köln hat die kommunistische Bewegung eine lange Tradition. Auch in der Innenstadt/Südstadt wollen wir wieder stärker werden.

Lob den Protesten!



*Dem Südstadt-Waffenladen,
Das kann man seh'n,
Scheint's nich besonders gut zu geh'n;
Er hat im Grunde nix als Schaden:*

*Der Laden stets leer,
Die Kunden sin fott –
Ja, was will man mehr:
Ein Hoch dem Boykott!*

*Walter Seiting
Köln 2012*

Die DKP arbeitet besonders eng mit der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) zusammen, die auch in Köln mit einer eigenen Stadtgruppe aktiv ist.

Termine und Veranstaltungen

- ★ **Rote Maifeier der DKP Köln** am Samstag, den 28. April 2012 um 15:00 Uhr im Naturfreundehaus Kalk, Kapellenstraße 9a
- ★ **Veranstaltung zum Internationalen Frauentag** am Samstag, 10. März 2012 um 15:00 Uhr, Freidenkerzentrum Bayenstraße 11
- ★ **"Kommunismus und Karneval - heiter und rot..."** - Kulturabend der DKP-Gruppe Köln-Innenstadt am Dienstag, den 21. Februar 2012 um 19:30 Uhr, Freidenkerzentrum Bayenstraße 11